

Frau Oberbürgermeisterin Grieser
Rathaus
Markt 1

97421 Schweinfurt

DIE LINKE.
Geschäftsstelle Schweinfurt
Hadergasse 11
97421 Schweinfurt

K (09721) 730 98 13

C (0160) 907 500 51

M (09721) 730 98 12

X kreisverband@dielinke-sw-kg.de

Schweinfurt, 20. August 2008

Betreff: Antrag zur Stadtratssitzung am 24. Juni

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Grieser,

der DGB Bayern hat das Volksbegehren für ein bayerisches Mindestlohngesetz (BayMiLoG) gestartet. Hintergrund für diese Initiative ist der ausufernde Niedriglohnsektor in der Bundesrepublik und in Bayern. Immer mehr Bayern sind arm trotz Arbeit. In der Bundesrepublik Deutschland sind inzwischen 6,6 Mio. Menschen im Niedriglohnsektor beschäftigt, immer mehr Menschen benötigen zu ihrem geringen Einkommen staatliche Unterstützung, aufstockende Leistungen über Hartz IV. Diese Tatsache hat auch Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Schweinfurt. Man kann auch sagen, über staatliche Lohnsubvention werden die Arbeitgeber belohnt, die Lohndumping betreiben. Um dem entgegen zu wirken haben die Mütter und Väter der bayerischen Verfassung im Artikel 169 explizit die Einführung eines bayerischen Mindestlohns ermöglicht.

Antrag:

Der Stadtrat der Schweinfurt unterstützt das Volksbegehren für ein bayerisches Mindestlohngesetz.

Kosten, finanzielle Auswirkungen:

Keine Kosten. Perspektivisch sind positive Wirkungen auf den Haushalt der Stadt zu erwarten, da weniger Schweinfurter durch höhere Löhne auf Wohngeld und andere staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen sein werden.

Wir bitten darum, den Antrag auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 24. Juni '08 zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen,

Frank Firsching
Fraktionsvorsitzender